

Postulat zur Erhebung der Gründe von sinkender Stimmbeteiligung

Gestützt auf Artikel 44 der Geschäftsordnung des Landtages vom 19. Dezember 2012, Landesgesetzblatt 2013 Nr. 9, reichen die unterzeichneten Abgeordneten folgendes Postulat ein und stellen den Antrag, der Landtag wolle beschliessen:

Die Regierung wird eingeladen zu prüfen, warum die Stimm- und Wahlbeteiligung stetig sinkt und welche technischen und kommunikativen Gegenmassnahmen dazu führen könnten, die Partizipation an diesen demokratiepolitisch essenziellen Vorgängen wieder zu erhöhen.

Begründung:

Mit einer Stimmbeteiligung von ungefähr 2/3 liegt die Beteiligung an direktdemokratischen Urnengängen in Liechtenstein verglichen mit anderen Ländern relativ hoch. In der Schweiz, in der die direkte Demokratie ähnlich ausgeprägt ist, wird schon gefeiert, wenn die Stimmbeteiligung über 50 Prozent ist. Insoweit ist es womöglich ein «Jammern auf hohem Niveau», wenn man 65-66% als relativ niedrige Stimmbeteiligung identifiziert. Doch muss man auch sagen: Die Stimmbeteiligung war schon höher. Und wenn einem etwas an der Demokratie liegt, muss man versuchen, die Stimmbeteiligung möglichst hoch zu halten. Politikwissenschaftlich ist klar: Je höher die Stimmbeteiligung ist, desto stärker ist das Ergebnis legitimiert. Deshalb liegt es im Interesse aller, dass möglichst viele Stimmberechtigte an Urnengängen teilnehmen.

Für die sinkende Wahl- bzw. Stimmbeteiligung werden immer wieder verschiedene mögliche Gründe ins Feld geführt. Auch die Nachwahlbefragungen des Liechtenstein-Instituts brachten immer wieder mögliche Gründe hervor. Gerade in den letzten Jahren wurden diese Erhebungen aber immer anonym und ausschliesslich online durchgeführt. In Kombination mit den Datenschutzvorschriften ist es deshalb schwierig, mögliche Thesen («Junge zwischen 24 und 35 beteiligen sich tendenziell weniger», «Eine höhere Anzahl der Abstimmungen führt zu weniger Beteiligung» etc.) zu verifizieren. Dazu bräuchte es einmal gründlichere Grundlagenforschung. Bereits bei der Abstimmung vom 21. Januar drückte die VU das Bedauern über die sinkende Stimmbeteiligung aus. Nach der Abstimmung vom 25. Februar meinte auch der Politologe und Uni-Rektor Christian Frommelt im «Vaterland» vom 27. Februar, dass man diese Umstände genauer anschauen sollte. Er fragt sich dabei, ob die Personengruppe zwischen 24 und 35 sich später wieder stärker demokratisch beteiligt, wenn sie älter wird. Die Regierung hat für so eine Erhebung die richtigen Instrumente (Stichwort: zentrales Personenregister).

Bei Wahlen ist die Stimmbeteiligung traditionell höher als bei Abstimmungen. Aber auch bei den Wahlen ist festzustellen, dass die Beteiligung stetig zurückgeht. Diese Entwicklung darf von Demokratinnen und Demokraten nicht einfach so hingenommen werden, sondern benötigen schlüssige, nachvollziehbare und mit Fakten unterlegte Daten.

Bei Abstimmungen haben wir teils starke Schwankungen, je nachdem, um welche Vorlagen es geht. So hatten wir beispielsweise bei der Abstimmung zum Hundegesetz 2006 eine Beteiligung von unter 60 Prozent. Bei den Themen S-Bahn, Halbe-Halbe und Doppelte Staatsbürgerschaft waren wir bei über 80 Prozent. Eine These liegt da natürlich nahe: Wenn über verschiedene Themen gleichzeitig abgestimmt wird, von denen die Menschen unterschiedlich stark betroffen sind, erhöht das die Stimmbeteiligung. Die Frage für die Politik lautet aber grundsätzlich: Müssen wir damit rechnen, dass der Rückgang der Stimm- bzw. Wahlbeteiligung von Dauer ist? Falls ja, was können wir dagegen unternehmen, dass sich immer weniger Menschen an direktdemokratischen Prozessen beteiligen?

Heute sind ca. die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes stimmberechtigt. Aus dieser Tatsache in Kombination mit der Feststellung, dass die Stimmbeteiligung stetig sinkt – obwohl wir de iure sogar noch eine Stimm- und Wahlpflicht haben! – ergibt sich die Schlussfolgerung, dass eine Minderheit bestimmt, was für eine Mehrheit relevant ist. Das kann demokratiepolitisch früher oder später zu unangenehmen Folgen führen. Deshalb gilt es, diesen Trends entgegenzuwirken. Und um mögliche Gegenmassnahmen ergreifen zu können, ist eine tiefergehende Ursachenforschung angezeigt.

Eine Feststellung ist den Postulanten aber wichtig: Liechtenstein dürfte in Sachen Stimmbeteiligung nach wie vor eines der demokratischsten Länder weltweit sein. Es geht nun darum, diese Nummer-1-Position zu festigen bzw. zu behalten.

Die Regierung wird deshalb darum gebeten zu prüfen (bzw. prüfen zu lassen), welche Gründe der sinkenden Stimm- und Wahlbeteiligung zugrunde liegen, welche Zielgruppen besonders anfällig für «Abwesenheit an der Urne» sind und mit welchen technischen und politischen Mitteln man die Mobilisierung erhöhen könnte.

Gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Studie zur Mediennutzung in Liechtenstein wurde festgestellt, dass es 30 Prozent sogenannte News-Deprivierte gibt. D.h. sie verzichten bewusst auf Informationen aus den Medien bzw. beschaffen sich die für sie interessanten Fakten auf anderen Kanälen. Hier stellt sich die Frage, ob diese Deprivierten deckungsgleich mit denjenigen sind, die der Urne fernbleiben und wie man diese womöglich zurück in den politischen Prozess führen könnte. Hier stellt sich die Frage, ob das Fernbleiben von der Politik primär inhaltliche Ursachen (Desinteresse, man fühlt sich von der Politik nicht vertreten/angesprochen, Wohlstandsphänomen: «Es geht mir gut, drum muss ich nicht.») oder ob es eine Frage der Art der Stimmabgabe ist. Bei letzterem geht es um den «Medienbruch», der entsteht, wenn digital orientierte Menschen ein Papier-Couvert vor sich liegen haben: Wird durch die traditionelle, schriftliche Stimmabgabe eine (unnötige) Hemmschwelle geschaffen? Denn eines ist klar: Klassische Medien verlieren angesichts der Digitalisierung zusehends ihre Torwächter-Funktion.

Schriftlichkeit findet immer mehr digital statt – mit allen positiven und negativen Begleiterscheinungen.

Gerade die jüngere Generation zeichnet sich dadurch aus, dass sie Geschäfte primär über das Mobiltelefon abwickeln. Um ihnen die Teilnahme an politischen Prozessen zu vereinfachen, wäre ggf. die Einführung digitaler Abstimmungsmöglichkeiten denkbar. Der Aufsatz «Demokratie im digitalen Zeitalter» von Katja Gfeller u.a.¹ gibt einen guten, kompakten Überblick über die Möglichkeiten und thematisiert beispielsweise auch die Nutzung der eID, die in Liechtenstein ja gerade in Coronazeiten einen Durchbruch feierte, mittlerweile auch den Führerschein elektronisch beinhaltet und auf weitere Nutzungsmöglichkeiten wartet. Die Autoren führen die eID als Möglichkeit an, um das Sammeln von Unterschriften zu erleichtern, nicht aber als Möglichkeit zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe («E-Voting»). Letztere hat nicht nur, aber auch in der Schweiz eine wechselvolle Geschichte hinter sich und ist nicht unumstritten. Angesichts der technologischen Entwicklung stellt sich aber die Frage, ob man über kurz oder lang auf die Nutzung dieses Kanals überhaupt noch verzichten kann, ohne viele – nennen wir sie an dieser Stelle «papier-deprivierte Menschen» abzuhängen. Die Postulanten möchten deshalb die Regierung einladen, zu prüfen, wohin in dieser Frage die Reise gehen könnte, um die Stimmbeteiligung zu erhöhen bzw. zu stabilisieren.

Vaduz, 12. März 2024

Die Postulanten:

¹ Demokratie im digitalen Zeitalter. Das Beispiel von Initiative und Referendum in der Schweiz, Katja Gfeller, Nadja Braun Binder, Uwe Serdült; https://edoc.unibas.ch/74292/1/20220803102245_62ea3055ed8bb.pdf, abgerufen am 5. März 2024

Manfred Kaufmann

Peter Frick

Dagmar Bühler-Nigisch

Günter Vogt

Dietmar Lampert

Klaus Hölzger

Walter Fick

Mario Wollmer

Thomas Vogt

Gunilla Marxen-Kruse